

Postulat über die Stellungnahme durch das betroffene Departement bei der Beratung von Budget und AFP sowie Rechnung

eröffnet am 1. Dezember 2015

Der Regierungsrat wird gebeten, dass bei der Budget- sowie AFP-Debatte und bei der Behandlung der Rechnung jeweils das zuständige Fachdepartement (Regierungsrat) die Stellungnahme abgibt.

Begründung:

In letzter Zeit ist es vorgekommen, dass ein Regierungsratsmitglied nach aussen andere Meinungen vertreten hat als der Gesamtregierungsrat. Ausserdem wird die Verantwortung oft dem Finanzdirektor zugeschoben, und somit zieht sich das dazugehörige Departement aus der Verantwortung. Momentan ist es so, dass der Finanzdirektor zu allen vorliegenden Anträgen und Fragen Stellungnahme nehmen muss. Auch bei Massnahmen, welche von den jeweiligen Departementen kommen, muss das Finanzdepartement Auskunft geben. Dies führt oft dazu, dass das nötige Wissen und somit auch eine korrekte Antwort fehlen. Ausserdem wird der Finanzdirektor oft ins «kalte Wasser» geworfen, da er eine Stellungnahme abgeben muss, welche von anderen Departementen kommt. In Zukunft sollen die Massnahmen, welche von den Departementen kommen, auch von dem dazugehörigen Regierungsrat vertreten werden und bei Aufforderungen von Stellungnahmen soll auch der dazugehörige Regierungsrat antworten müssen. Dies führt dazu, dass in Zukunft bei diversen wichtigen sachlichen und fachlichen Aspekten bessere Informationen an den Kantonsrat gelangen.

Graber Christian

Stutz Hans

Bossart Rolf

Omlin Marcel

Müller Pirmin

Arnold Robi

Müller Pius

Müller Guido

Graber Toni

Winiger Fredy

Troxler Jost

Thalmann-Bieri Vroni

Gisler Franz

Bucher Hanspeter

Zanolla Lisa

Schärli Thomas

Lang Barbara

Stöckli Ruedi

Lüthold Angela

Steiner Bernhard

Odermatt Samuel

Brücker Urs

Huser Barmettler Claudia

Dickerhof Urs

Roth David

Züsli Beat

Truttmann-Hauri Susanne

Reusser Christina

Töngi Michael

Frey Monique

Bucher Michèle